

WIR SIND DIE ZUKUNFT



NEWSLETTER Nr. 06/2020 "Wir sind die Zukunft"
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- Infos aus dem KJHA vom 30.06.2020
- Nachgefragt – Jugendpolitik im neuen Stadtrat
- #unerspotmuc – Methodenkoffer
- Ergebnisse Runder Tisch Partizipation
- Corona Ferienangebote in der OKJA
- Ferienangebote in den Sommerferien
- Mini-München findet Stadt!
- AMYNA-Online-Seminare
- Jugendradiopreis – „Radio for Future“
- Förderpreis „Münchner Lichtblicke“
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage-Materialien
- Die nächste Ausgabe
- Impressum und Datenschutz

INFOS AUS DEM KJHA VOM 30.06.2020

Es fanden 3 Ausschüsse statt:

1. Bildungsausschuss zusammen mit KJHA
2. Sozialausschuss zusammen mit KJHA
3. Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Bildungsausschuss

öffentliche Sitzung

- Multimedia-Landschaften für Kinder
- Naturerlebnistage

Hier gab es von StRin Beatrix Burkhardt Anregungen:

- Rahmenvertrag für 5 Jahre möglich machen (Referat für Bildung und Sport (RBS): „Wird geprüft für nächste Vergabe“)
- Lokale Anbieter einbeziehen (RBS ist bemüht, unterliegt aber dem Vergabeverfahren)
- Hortplätze der Kindertagesstätte St. Margaret erhalten
- Beratungsleistungen zur Verbesserung der Außenanlagen...Neuvergabe Rahmenvertrag

➔ Alle Vorlagen wurden einstimmig angenommen

nichtöffentliche Sitzung

- Errichtung eines Hauses für Kinder
- Beratungsleistungen

Sozialausschuss

öffentliche Sitzung

➔ angenommen wurde das Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus

nichtöffentliche Sitzung

Dringlichkeitsantrag der Linken „Feiern im öffentlichen Raum“

Lt. Direktorium liegt keine Dringlichkeit vor. Der Antrag wird nicht behandelt. Thomas Lechner (Linke) erklärt die Notwendigkeit der Befassung mit dem Thema damit, dass die Clubs geschlossen sind, deshalb auf der Straße gefeiert wird und man gemeinsam eine schnelle Lösung suchen sollte. BM Dietl lässt daraufhin den Antrag zur Befassung abstimmen. Der Ausschuss ist vollzählig (30 Stimmen), eine Abstimmung ergibt ein Patt (15 ja, 15 nein). Somit wird der Antrag nicht behandelt.

Umgang mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie in Bezug auf die Finanzierung der freien Träger der Wohlfahrtspflege

Die Verwaltung hat eine entsprechende Vorlage eingebracht zusammen mit einem Leitfaden. In der darauffolgenden einstündigen Diskussion gab es eine Vielzahl von Wortbeiträgen. Alle Sprecher*innen bedankten sich für die Vorlage. In mehreren Beiträgen wurde die sehr späte Übermittlung des Leitfadens bedauert. Dieser hätte den Trägern eine seit März benötigte Orientierung geben können.

StR Bernd Schreyer (Die Grünen / Rosa Liste) sieht die Klärung wichtiger Fragen. Insbesondere die 100%ige Finanzierung sei gelungen. Jetzt auftauchende Fragen müssten Zug um Zug geklärt werden. Eventuell sei eine erneute Befassung des Ausschusses im Herbst sinnvoll.

Karin Majewski (PWV) bedankt sich für die Vorlage und die Zusage der 100%igen Weiterfinanzierung der Angebote. Momentan sind diese Budgets im Haushalt und benötigen keine zusätzlichen Mittel. Die Frage des Umgangs mit Einnahmenausfällen muss jetzt geklärt werden und nicht erst im Rahmen der Verwendungsnachweis (VWN) Prüfung irgendwann in der zweiten Jahreshälfte des nächsten Jahres. Wie wird mit entstehenden Problemen umgegangen? Sie bedauert, dass in den letzten 3 Monaten drängende Fragen immer wieder mit Hinweis auf den zu erstellenden Leitfaden nicht geklärt werden konnten.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) betont, dass der Sozialbereich für die Koalition höchste Priorität habe. Es gäbe immer Gesprächsbereitschaft. Um die Teilnahme an einem Austausch wird gebeten. Die Kritik der Verbandsvertreterin am Krisenmanagement der Verwaltung weist sie scharf zurück.

StR Thomas Lechner (Linke) betont, dass viele Punkte in der Vorlage Dialog und Partizipation benötigen. Er kritisiert die Reaktion von StRin Hübner auf die Kritik an der Vorlage durch Karin Majewski. Es werde Dialog benötigt, um gemeinsam Lösungen zu finden.

Andrea Betz (IM München) dankt als Sprecherin der Verbände für die Vorlage. Sie kritisierte die sehr späte Zustellung der Beschlussvorlage (Fr. 26.6.) und des Leitfadens (Mo 29.06./18:00 Uhr). Der von den Verbänden vorgelegte Änderungsantrag befasst sich mit verschiedenen Punkten der Vorlage. Es geht u.a. um die Mehrkosten, die bei der Umsetzung der Hygienevorschriften entstehen. Der Umgang mit Einnahmearausfällen ist nicht klar, ebenso eine eventuelle Ablehnung von beantragten Drittmitteln. Der Leitfaden sollte im Vorfeld mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege abgestimmt werden.

Robert Pechhacker (Münchner Trichter) dankt für die Unterstützung der Träger, die Planungssicherheit benötigen. Er erläutert den vom Münchner Trichter eingebrachten Änderungsantrag. Der zusätzliche Aufwand bei den Trägern soll durch höhere Flexibilität (z.B. Umschichtung im bestehenden Budget zwischen Sach- und Personalkosten) aufgefangen werden. Die ZVK (Zentralen Verwaltungskosten) sollen in der beantragten Höhe für 2020 anerkannt werden. Durch wegbrechende Einnahmen bei gleichzeitig höherem Aufwand für die Umsetzung neuer Programme entsteht eine Lücke, wenn man die ZVK anteilig an den Kosten orientiert (7,5 % bzw. 9,5 %).

Mehrkosten (Raum, Personal, Material) bei gleichzeitig weniger Teilnehmenden müssen aufgefangen werden können. Eine durch Einnahmeausfälle entstehende Lücke sollte gedeckt werden. In der Krise hat sich gezeigt, dass zusätzliche Mittel für Schutzausrüstung, Beschaffung und Aufrüstung von IT sowie für die DSGVO-konforme Umsetzung der Kommunikation notwendig sind.

Judith Greil (KJR) dankte der Stadt. Der KJR unterstützt die vorliegenden Änderungsanträge der Verbände und des Münchner Trichters. Sie fordert das Einverständnis des Sozialreferats ein für die Umwidmung von Kosten im Rahmen der bestehenden Budgets.

Elisabeth Hülsmann (PWV) kritisiert die Kurzfristigkeit der Zusendung der Unterlagen, die eine vertiefte Befassung unmöglich gemacht habe. Sie weist auf die Probleme mit dem SodEG-Verfahren (Sozialdienstleister-Einsatzgesetz) hin. Den Leitfaden müsse man mit der Beschlussvorlage lesen und verstehen. Der Zuschuss kann im beschlossenen Rahmen bleiben (Einsparungen da, Mehrkosten dort). Sie plädiert dafür eine vorläufige Bilanz (z.B. 30.06.20) zu ziehen und den Stand dem Ausschuss im Herbst darzustellen. Dies sei mit dem VWN 2020 zu spät.

Wie wäre das Vorgehen, wenn es zu Liquiditätsengpässen kommt? Bezugnehmend auf den Redebeitrag von Anne Hübner benennt sie, dass die Träger zu spät Antworten auf dringende Fragen bekommen haben. So sei z.B. die Anerkennung der Leistungserbringung seit Mitte März noch immer nicht bei den Trägern eingegangen.

Eine interessante Frage sei, wie man „Fehlbedarfsfinanzierung“ verstehen muss. Diese sei keine Einbahnstraße. Sie kenne kein Dokument aus dem hervorginge, dass im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung Restmittel zurückgegeben werden sollen, aber höhere Fehlbedarfe nicht gedeckt werden dürfen.

Bernd Schreyer sieht die Herausforderungen auf alle Seiten und erhofft sich, dass die Verwaltung flexibel und unbürokratisch auf die genannten Probleme eingehen kann. Er schlägt vor, im Herbst im Ausschuss einen Zwischenbericht vorzulegen, indem eine Tendenz sichtbar wird: Wo konnte gespart werden, wo sind Mehrausgaben entstanden und wo gibt es Unsicherheiten in den Absprachen.

Yvonne Lüders (SOS Kinderdorf) äußert die Befürchtung, dass nicht städtische Bescheide, mit denen Geld zur Kompensierung von Einnahmeausfällen beantragt wird, so lange offenbleiben, dass es dann für eine städtische Fehlbedarfsfinanzierung auch zu spät sei.

Anne Hübner setzt sich auch für eine höchstmögliche Flexibilität bezüglich z. B. Umwidmungen von Mitteln innerhalb eines Haushalts ein. Sie habe auch kein Problem mit Kritik, aber das Timing und die Art und Weise fand sie schwierig. Es wurde ihrer Meinung nach nicht gesehen, dass sich die SPD seit Jahren immer 100%ig für eine soziale Politik einsetzt.

Verena Dietl (3. Bürgermeisterin) bedankt sich für den guten Austausch und dass die Träger auf die Themen aus Praxissicht hinweisen. Das empfundene Misstrauen kann sie allerdings nicht nachvollziehen. Es gab eine Kommunikation, aber es war in dieser Akutsituation nicht möglich immer allen individuellen Bedarfen gleich Antworten zu liefern. Sie will die Trägervielfalt erhalten und wünscht sich ein gemeinsames Aufeinanderzugehen. Der Leitfaden bedarf da sicher noch der ein oder anderen Auseinandersetzung.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) betont, dass es ihnen wichtig war, möglichst gute Lösungen für die Träger zu finden, während sich die Situation permanent veränderte. Das SodEG ist eine vom Bund organisierte kommunale Auszahlung und wir müssen einen Weg finden, die Lücken zu schließen. Dazu gab es bereits einen regelmäßigen Austausch. Ihrer Meinung nach ist München die einzige Kommune, die so einen Weg geht. Es gab am 04.06. ein Spitzengespräch, bei dem der erste Aufschlag des Leitfadens bereits besprochen wurde. Mit dem SodEG greift der Bund in das Handeln der Kommunen ein, das gab es vorher noch nie. Außerdem haben sie z. B. immer geraten, im Zweifel Kurzarbeit anzumelden. Aus Sicht der Verwaltung sind die zwei Änderungsanträge der freien Träger nicht nötig, weil die einzelnen Themen eh alle abgesprochen werden und der Leitfaden keinen absoluten Anspruch hat. Sie konnte im Mai / Juni zu vielem keine Zusage machen, da der Stadtrat und die Kämmerei noch nicht eingebunden waren. Die Zuschussbearbeiter*innen sind aktuell sehr gefordert.

Sie möchte bezüglich der zwei Änderungsanträge ins Gespräch kommen und dann ggf. nochmal einen Antrag für einen Mehrbedarf stellen. Die Beschlussvorlage gehe bereits weit über das normale hinaus und steht als Ergebnis nach einem langen Abstimmungsprozess. Sie kam so kurzfristig vor dem KJHA heraus, weil sie unbedingt vor der Sommerpause in den Ausschuss sollte und das sonst nicht mehr geklappt hätte. Dieses Ziel ging auf Kosten der Abstimmung mit den freien Trägern. Der Leitfaden hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und lässt Interpretationsspielraum. Hier müssen noch weitere Abstimmungen folgen. Eine SodEG-Auszahlung geht formaljuristisch nicht ohne den versendeten Antrag.

Elsbeth Hülsmann fragt nach, wo der Leitfaden von nun an diskutiert wird.

Anne Hübner erläutert, dass Grüne und SPD den Änderungsanträgen nicht zustimmen werden, weil sie nicht ausreichend Zeit hatten, sich damit zu befassen. Sie möchte aber gerne einen Bericht über die Regelungslücken.

Dorothee Schiwy wird zu einem Leitfadenaustausch einladen. Außerdem ergänzt sie, dass die Zuschussbearbeiter*innen die Kompetenz haben, die Entscheidung zu treffen, ob die Leistungen voll oder überwiegend erbracht sind, aber sie tun sich natürlich teilweise schwer.

Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss wurden die beiden Änderungsanträge jeweils gegen alle freien Träger abgelehnt. Im Sozialausschuss gegen die Stimme der Linken.

Die Beschlussvorlage wurde ohne Gegenstimmen beschlossen.

Ohne Aufruf beschlossen:

TOP 1: Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser 2021 - 2028

Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Münchner Online-Jugendbefragung 2020

StRin Nimet Gökmenoglu (Grüne) unterstützt die Jugendbefragung, weil junge Menschen die Zukunft sind und gerade jetzt sehr reduziert wahrgenommen werden. Ihr ist Partizipation ein

großes Anliegen. Sie versteht nicht, warum die Befragung ab jetzt nicht mehr ab 14 Jahren durchgeführt werden soll, sondern das Alter heraufgesetzt wurde. Außerdem wünscht sie sich, dass die Befragung öfter durchgeführt werde und sie möchte gerne wissen, welche soziodemografischen Angaben abgefragt werden.

Claudia von Stransky (Stadtjugendamt) antwortet, da sie die Umsetzungsverantwortung für die Befragung hat. Sie überlegen gerade für einzelne Themen ein Verfahren zu finden, wie diese öfter abgefragt werden können, aber für die große Befragung ist das nicht machbar. Die Vorbereitungsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, die jungen Erwachsenen mehr in den Fokus zu nehmen und hat deshalb das Alter auf ab 16 (vorher 15) – 24 (vorher 21) raufgesetzt. Es ist leider nicht möglich insgesamt wesentlich mehr Teilnehmende zu integrieren. Bei den soziodemografischen Angaben wird dieses Mal auch die Wohnsituation abgefragt.

Robert Pechhacker betont, dass die Befragung zunächst nur Informationen liefert, wo die Jugendlichen stehen. Partizipativ wird die Befragung erst, wenn wir mit den Ergebnissen handeln. Deshalb hält er den 2. Schritt für viel entscheidender, er möchte da gerne die jungen Erwachsenen in die Lösungsfindungen einbeziehen und darauf mehr Fokus richten.

Nimet Gökmenoglu stellt sich auch die Frage, was mit den Ergebnissen passiert. Sie könne sich vorstellen, dass Stadtratsmitglieder Patenschaften für die Themen / bzw. die Befragten übernehmen und möchte hier sehr gerne weiterdenken, als wir das bisher tun.

Sabine Kellig (Gleichstellungsstelle für Frauen) weist auf die Bedeutung der geschlechtsdifferenzierten Abfrage hin, weil sonst Mädchen ggf. in ihren Antworten eher die Fürsorge für die Bedürfnisse der Jungs übernehmen.

Anne Hübner informiert, dass es Patenschaften schon gibt und sie nicht den Turnus, sondern die Wirkkraft erhöhen will. Ein gutes Beispiel hierfür wäre der Armutsbericht, der inzwischen nicht mehr nur die Armutslage beschreibt, sondern immer gleich Änderungsaufträge mit kommuniziert. Sie bittet deshalb das Sozialreferat, nochmal klarzustellen, wie wir mit den Ergebnissen umgehen, gerade in Zeiten eines geringeren Haushalts.

Claudia von Stransky ergänzt, dass sie auch versuchen, Kinder mit Beeinträchtigungen besser zu erreichen. Eine Umsetzung gelingt am besten, wenn verschiedene Referate und Bezirksausschüsse zusammenarbeiten, wie an dem Thema der Beleuchtung von Freiflächen gesehen wurde. Außerdem findet sie sehr spannend, dass in einer Vorabfrage herauskam, dass Jugendliche sich momentan vor allem wünschen, mehr gesehen und gehört zu werden.

Esther Maffei (Jugendamtsleitung) ergänzt, dass sie gerade an einem IT-Tool arbeiten, mit welchem es möglich ist, schneller kurze Befragungen durchzuführen und Stimmungsbilder einzufangen.

Insgesamt wurde die Sitzungsvorlage ohne Gegenstimmen beschlossen.

Ohne Aufruf beschlossen:

TOP 2: Satzung der Landeshauptstadt München über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Förderung in der qualifizierten Kindertagespflege nach §§ 23 und 24 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII)

Zusammengestellt von Ulrich Gläss und Elisabeth Hagl, Münchner Trichter

NACHGEFRAGT – JUGENDPOLITIK IM NEUEN STADTRAT

Anfang Mai startete der neu gewählte Stadtrat coronabedingt unter völlig neuen Voraussetzungen. Mit eingeschränkten finanziellen Spielräumen, aber sicher mit ganz viel Schwung, neuen Ideen und wichtigen Zielen. Was liegt den Stadträtinnen mit einem jugendpolitischen Schwerpunkt besonders am Herzen? Wo stehen wir 2026 beispielsweise bei den Themen Partizipation, Räume für junge Menschen, Münchner Haus der Schüler*innen, München klimaneutral, plural und gleichberechtigte Stadtgesellschaft, Junges Wohnen...?

In dieser Ausgabe gibt es die Antworten von Clara Nitsche und Lena Odell, die Antworten von Stadträtin Alexandra Gassmann veröffentlichen wir in einer der folgenden Ausgaben.

München 2026. Fahrradfahrer*innen, Skateboarder*innen, Rollerblader*innen und Fußgänger*innen bewegen sich ungehindert und die Straßen teilend durch die Stadt. In Bussen und Bahnen kommen Jugendliche mit dem Jugendticket überall hin – auch nachts. Überall feiern junge Menschen, treffen sich, musizieren oder hören Musik, leben sich kreativ und künstlerisch aus, machen Sport, gestalten den öffentlichen Raum. Das ist nicht nur toleriert, es ist erwünscht. Mädchen und junge Frauen haben gleichberechtigt Platz und Stimme, fühlen sich sicher, werden gehört und können sich in geschützten Räumen treffen. Hat eine Gruppe Jugendlicher eine Idee, hilft die Stadtverwaltung unbürokratisch und gerne diese umzusetzen, sei es bei der Planung eines Events oder der Mitgestaltung des Stadtviertels. Jugendliche werden bei Entscheidungen und Prozessen proaktiv, konsequent und von Anfang einbezogen, können sich, ihre Wünsche und Meinungen einbringen und werden mit ihren Ideen ernst genommen. Der Jugendbeirat sowie eine starke Schüler*innenmitverwaltung garantieren, dass Jugendliche eine Lobby und ein direktes Sprachrohr in den Stadtrat sowie in ihre Schulen hinein haben und Politik wie Schulleben gestalten. Das Wahlalter liegt bei 16 Jahren. Die Stadt unterstützt junge Menschen mit günstigem Wohnraum sowie leicht zugänglichen pädagogikfreien Räumen.

Für uns Grüne war die Jugend schon immer ein Versprechen – und zugleich große Verantwortung. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen, war und ist einer unserer Leitsätze. Wir wissen nicht, was coronabedingt die nächsten Jahre ist. Aber groß träumen und losgehen sind die einzige Möglichkeit, dahin zu kommen, wo wir hinwollen. Wir setzen auf die jungen Menschen in München, auf ihr Engagement, ihre Visionen, ihre Stimme. Wir hören junge Menschen und werden wo immer möglich unseren Beitrag dazu leisten, dass unser gemeinsamer Traum von einem gleichberechtigten, pluralen, partizipativen, klimaneutralen und jungen München Realität wird.

Clara Nitsche (23), Stadträtin & Vorstandsmitglied Die Grünen – Rosa Liste:

Gerade in finanziell herausfordernden Zeiten ist mir wichtig, dass wir die Stadtpolitik immer auch aus der Sicht von Jugendlichen denken. Es muss ja gar nicht unbedingt teuer sein, Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen und jungen Menschen Raum (und Freiräume!) zur Entfaltung zu geben. Zum Beispiel ist es mir besonders wichtig, dass ein möglichst großer Teil des öffentlichen Raums konsumfrei ist – denn dann können ihn alle jungen Menschen nutzen, ohne Einschränkungen durch den Geldbeutel. Als Politik haben wir eine ganz zentrale Vermittlerrolle und ich freue mich, gemeinsam mit anderen jungen Stadtratskolleginnen* und -kollegen* dafür sorgen zu können, dass eben immer auch die Belange und Interessen junger Menschen beachtet werden.

Wir werden weiter dafür Sorge tragen, dass alle jungen Menschen in München gleichberechtigt teilhaben können – für Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit ist bei uns kein Platz! Außerdem stehe ich dafür, dass wir die Überwindung von Rollen- und Geschlechterklischees auch immer als Bildungsauftrag der städtischen Kitas begreifen. Wir setzen uns für eine Herabsetzung des Wahlalters ein. Mir ist noch kein gutes Argument begegnet, warum nicht auch 14-Jährige sich an Wahlen beteiligen dürfen sollten und ich möchte, dass sie 2026 endlich mitwählen dürfen.

Gleichzeitig gibt es auch finanzintensive Projekte, die nicht nur mir als jugendpolitischer Sprecherin der SPD / Volt-Fraktion ganz besonders am Herzen liegen, sondern die auch im Koalitionsvertrag an zentraler Stelle stehen. Wir werden neue überregionale Jugendzentren schaffen, wir stehen klar zum Münchner Haus der Schüler*innen und wir werden – in Anlehnung an das Studierendenwerk – ein „Wohnwerk“ einrichten, das bezahlbaren Wohnraum für Azubis und Berufsfachschüler*innen schafft, und auch berät und vermittelt. Dieses Wohnwerk ist ein Herzensprojekt der Münchner Jusos und SPD und wir werden seine schnelle und gute Umsetzung sicherstellen!

Lena Odell, Stadträtin und jugendpolitische Sprecherin der SPD/Volt-Fraktion.

#UNSPOTMUC – METHODENKOFFER

Der Blog zur Wir-sind-die-Zukunft-Aktion: „Sichtbarkeit von Jugend im Öffentlichen Raum“ ist da. **#unspotmuc** (<https://unspotmuc.de>) bietet eine Plattform, auf der Ideen und Methoden gesammelt und mit anderen geteilt werden können.

Schon im Vorfeld der Aktionswoche (25.9. bis 2. Oktober) – also **ab sofort** können unter <https://unspotmuc.de> die vielfältigen Projekte eingetragen und damit den Kolleginnen* und Kollegen* im „Methodenkoffer“ zur Verfügung gestellt werden.

Mit welcher Aktion macht Ihr die Räume, Wünsche, Kritiken und Bedürfnisse der Jugendlichen in ihren jeweiligen Stadtteilen und öffentlichen Räumen sichtbar? Mit welcher Methode gelingt es die Lokalpolitiker*innen auf eine bestimmte Thematik aufmerksam zu machen? Eure Projekte tragen dazu bei, sich gemeinsam mit Jugendlichen für ihre Räume und Bedürfnisse einzusetzen.

Der Blog kann durch alle Mitmacher*innen nach einmaliger Anmeldung mit dem selbsterklärenden Formular-Tool befüllt werden. So entsteht innerhalb kürzester Zeit eine bunte Collage an Möglichkeiten. Die Kreativität und die Motivation können sich so wechselseitig befeuern.

Smartphone-Videos aus dem Viertel, Werkstücke, die zum Chillen einladen, Tanz-Performances, die sich den Raum aneignen, Theaterstücke oder Rap-Tracks zur Lebenssituation vor Ort – der Methodenkoffer kann alles, was Euch einfällt, beherbergen und in Zukunft als Gedankenstütze oder Anregungsbibliothek dienen.

Je zahlreicher die Einträge, desto nachhaltiger wird auch die Nutzung des Methodenkoffers ausfallen. Es kann ein stetig wachsender Ideen- und Methodenpool entstehen, der zu immer neuen Aktionen anregt. Vielleicht kann der Blog sogar in den kommenden Jahren als Ideen-/Methodenspeicher für die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit dienen.

Benjamin Rehbock, Glockenbachwerkstatt

ERGEBNISSE RUNDER TISCH PARTIZIPATION

Kinder- und Jugendbeteiligung jetzt konkret! Impulse für die Entwicklung des Münchner Rahmenkonzepts

Damit junge Münchner*innen künftig systematischer an kommunalen Entscheidungen beteiligt werden und ihre Bedürfnisse in der Verwaltung auf einen fruchtbaren Resonanzboden treffen und entsprechende Unterstützung finden, hat der Stadtrat im Juli 2019 ein neues Rahmenkonzept Kinder- und Jugendbeteiligung in Auftrag gegeben. Aus diesem Anlass stand der diesjährige Runde Tisch Kinder- und Jugendbeteiligung, der im Mai dieses Jahres erstmals als virtuelle Konferenz stattfand, ganz im Zeichen der geplanten Konzeption.

„Projekte können wir alle, als Klammer braucht es aber Beteiligungskonzepte und -strategien und eindeutigen politischen Rückenwind!“ So leitete Dr. Heide-Rose Brückner, Mitbegründerin und langjährige Geschäftsführerin des Vereins Kinderfreundliche Kommunen ihren Vortrag ein, an dem 70 Teilnehmende aus Politik, Verwaltung und freier Szene teilnahmen. Von ihrem Schreibtisch in Brandenburg aus skizzierte die Referentin wesentliche Strukturelemente zur verbindlichen Implementierung von Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema in der Stadt: Unverzichtbar für die Schaffung effektiver Strukturen und Prozesse ist die Verankerung in der Verwaltung auf verschiedenen Ebenen mit einer deutlichen Benennung von Zielen, Zuständigkeiten, Aufgaben, Maßnahmen und der Entwicklung entsprechender Verfahren.

Damit der der Rechtsanspruch auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf allen Verwaltungsebenen klar und umgesetzt wird, ist Qualifikation ein wesentlicher Schlüssel zu gelingender kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung. Dr. Rebekka Bendig betonte in ihrem Impulsreferat, wie wichtig es ist, Mitarbeitenden in der Verwaltung den Sinn von Partizipation zu vermitteln, aber auch ihre Erfahrungen, Bedenken und Ideen ernst zu nehmen, damit Denkmuster verändert, eine partizipative Haltung (ergebnisoffen, prozessorientiert) und Vorstellungen über die Chancen von Partizipation entwickelt werden können.

Fazit: Damit Beteiligung als zentrales Thema in allen Referaten präsent und verbindlich wird, braucht es die Politik als Auftraggeber, damit sich – ausgestattet mit entsprechenden Ressourcen und Verfahren – Partizipation in der Verwaltung langfristig etablieren kann. Der Stadtrat muss entsprechende Wegweisungen erteilen. Die Vorzeichen stehen aktuell gut: Die Kinder- und Jugendbeteiligung hat Eingang in den Koalitionsvertrag der neuen grün-roten Stadtregierung gefunden.

Marion Schäfer, Arbeitskreis Kinder- und Jugendbeteiligung

CORONA FERIENANGEBOTE IN DER OKJA

Die allgemeine Lage hat sich trotz oder wegen der Lockerungen in den letzten zwei Monaten zwar entspannt, alles beim Alten ist leider noch nichts. Nachdem in den Oster- als auch in den Pfingstferien fast keine Ferienangebote stattgefunden haben, sieht es für die Sommerferien nun zum Glück besser aus. Beim Durchforsten verschiedenster Hygienekonzepte kristallisieren sich für viele Angebote Lösungen heraus, die eine Durchführung unter Einschränkungen möglich machen.

Angefangen bei Tagesausflügen über Workshops bis hin zu Übernachtungsfreizeiten, sogar im Ausland, reicht das Angebot in den Sommerferien. Doch leider bringen die Infektionsschutzregeln auch ungeahnte Nebenwirkungen. Viele Anbieter können nur einen Bruchteil der geplanten Teilnehmer*innenplätze belegen, der Aufwand für die coronabedingten, veränderten Maßnahmen ist immens und es bleibt nach wie vor ein mulmiges Gefühl und die Frage: „Was wenn doch jemand krank wird“?

Die Notwendigkeit, attraktive Ferienangebote für Kinder und Jugendliche anzubieten ist unbestritten, gerade in dieser schwierigen Zeit.

Elias Eberl, Projektkoordinator Ferienangebote, KJR

FERIENANGEBOTE IN DEN SOMMERFERIEN

Im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus koordiniert der Bayerische Jugendring (BJR) Angebote für Kinder und Jugendliche in den bayerischen Sommerferien, die sich an die Jahrgangsstufen 1 bis 6 richten. Damit sollen Alleinerziehende und Eltern unterstützt werden, die ihren Jahresurlaub aufgrund der Betreuung der Kinder während der coronabedingten Schließungszeiten von Schulen bereits weitestgehend aufgebraucht haben. Das Sonderprogramm stellt die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung.

Weitere Infos unter <https://www.bjr.de/service/ferienportal/>

AMYNA-WEBINARE

Aufgrund der aktuellen Situation bieten die Mitarbeitenden von AMYNA, seit Juni 2020 eine neue digitale Angebotspalette. Verschiedene Webinare geben einen Überblick über interessante Aspekte der Prävention von sexuellem Missbrauch und sexuellen Grenzüberschreitungen durch Kinder und Jugendliche.

Weitere Infos unter www.amyna.de

JUGENDRADIOPREIS – „RADIO FOR FUTURE“

Der Bayerische Jugendring und das JFF – Institut für Medienpädagogik verleihen den Jugendradiopreis für die besten Radio- und Audiobeiträgen von Kindern und Jugendlichen. Unter dem Motto „RADIO FOR FUTURE“ können gebaute Beiträge, Interviews, Podcast-Folgen, Airchecks, Hörspiele und vieles mehr aus ganz Bayern eingereicht werden. Ein Sonderpreis geht an den besten Beitrag zum Thema „Leben im Ausnahmezustand“. Zur Unterstützung gibt es Online-Seminare zu Grundlagen der Radioarbeit. Preisverleihung ist am 02.10.2020.

Weitere Infos und Anmeldung: www.jff.de/jugendradiopreis2020

MINI-MÜNCHEN FINDET STADT!

Mini-München ist eine Spielstadt für Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 15 Jahren. Man kann arbeiten, studieren, Geld verdienen – ausgeben, ein Geschäft gründen, mitbestimmen, wählen, bauen, Freunde treffen und vieles mehr. In diesem Jahr sollte es ein besonderes Mini-München werden, denn im Sommer feiert die Spielstadt ihre 20. Ausgabe und ihr 40-jähriges Jubiläum. Als Großveranstaltung kann sie jedoch nicht in der bekannten Form stattfinden. Doch Mini-München stellt sich der Herausforderung und richtet viele kleine Spielorte ein, die sich zu Mini-München verbinden. Über die Online-Plattform können sich weitere Kinder auch von zuhause aus ins Spiel einschalten.

Weitere Infos unter <https://www.mini-muenchen.info/>

FÖRDERPREIS „MÜNCHNER LICHTBLICKE“

Der Förderpreis „Münchner Lichtblicke“ setzt ein Zeichen gegen Rassismus und für ein friedliches Miteinander. Der Preis, der mit einem Gesamtwert von 11.000 € dotiert ist, wird jährlich von der Landeshauptstadt München, der Lichterkette e.V. und dem Migrationsbeirat München verliehen. Bewerben können sich Einrichtungen, Projekte und Einzelpersonen, die mit kreati-

ven und innovativen Ideen gegen Rassismus und für kulturelle Vielfalt eintreten. Einsendeschluss ist der 31.10.2020, die Preisverleihung ist am 23.03.2021.

Weitere Infos unter <http://www.lichterkette.de/foerderpreis/>

SCHULE OHNE RASSISMUS – SCHULE MIT COURAGE-MATERIALIEN

Schule ohne Rassismus bietet Bausteine, Themenhefte und Handbücher für die politische Bildung. Außerdem Plakate, Postkarten, Luftballons und vieles mehr.

Die Materialpakete können unter www.schule-ohne-rassismus.org/materialien/ bestellt werden.

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Fortbildung: **Schulung zum Planspiel „Voll die Party“**
Wann: 17.09.2020, 10:00 - 17:00 Uhr
Wo: Christlicher Verein Junger Menschen München e. V. (CVJM), Landwehrstr. 13
Kosten: 50 €
Anmeldung: www.bayern.jugendschutz.de

Was: Fortbildung **„Grundlagen zur Suchtprävention in der Schule“**
Wann: 22.09.2020, 10:00 - 17:00 Uhr
Wo: Seminarräume der Aktion Jugendschutz, Dom-Pedro-Str. 17
Kosten: 50 €
Anmeldung: www.bayern.jugendschutz.de

Was: Fortbildung **„Höher, schneller, weiter, mehr“ – Methoden zur Prävention von aktivierenden Drogen“**
Wann: 01.10.2020, 10:00 - 17:00 Uhr
Wo: Seminarräume der Aktion Jugendschutz, Dom-Pedro-Str. 17
Kosten: 50 €
Anmeldung: www.bayern.jugendschutz.de

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 22.09.2020

- Bericht vom KJHA vom 15.09.2020
- Junge Erwachsene in der OKJA
- Aktionstag WsdZ: Veranstaltungshinweis

IMPRESSUM

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Dr. Manuela Sauer, KJR München-Stadt, Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Christian Dünstl, Fachforum Freizeitstätten

Verantwortlich für die Inhalte:

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.